
BTW-26

Gegenstand: TOP 6: Wahl der Landesliste zur Bundestagswahl

BEWERBUNG MANUEL HUMMEL

Liebe Freundinnen und Freunde,

nach vielen Jahren kommunalpolitischer Arbeit bewerbe ich mich um einen aussichtsreichen Platz auf der Landesliste zur Bundestagswahl 2017. Soll heißen: ich will nicht nur kandidieren, sondern in den Bundestag.

Aufgewachsen bin ich in einem württembergischen Dorf, in einer Straße voll türkischer Kinder. Zu meinem Verständnis von Heimat gehören die „Gastarbeiter*innen“ essentiell dazu. Vielleicht auch deshalb ist für mich das Thema **Immigration** schon immer eine Herzensangelegenheit gewesen. Seit meinem **Eintritt** in die grüne Partei **1984** habe ich all unsere Höhen und Tiefen in höchst verschiedenen Kreis- und Landesverbänden miterlebt und in zahlreichen Positionen Politik mitgestaltet. Vom Dorfgrünen bis zum Stuttgarter Kreisvorstand, von der thüringischen Diaspora bis zur baden-württembergischen Regierungspartei habe ich die Grünen und Bündnis 90 in vielerlei Facetten kennen gelernt. In all den Jahren habe ich mich jeder Schubladisierung als Fundi, Linker oder Realo verweigert und werde dies auch weiterhin so halten – ob dies nun für meine Platzierung hilfreich ist oder nicht. Seit nunmehr 12 Jahren sitze, rede und kämpfe ich für Bündnis 90/Die Grünen im Rastatter Kreistag und in der Regionalversammlung Mittlerer Oberrhein, in beiden Gremien mittlerweile als Fraktionsvorsitzender.

Wer Kommunalpolitik macht, kann sich nicht auf einzelne Themen beschränken – erst recht nicht, wenn man Einzelkämpfer in einem Gremium ist oder in einer kleinen Fraktion. Deshalb habe ich mittlerweile fast alles an Themen durch, was die Kommunalpolitik so hergibt. Über allem sehe ich allerdings drei zentrale Aufgaben: den **Klimawandel**, die **soziale Gerechtigkeit** und den Erhalt unserer **offenen Gesellschaft**.



Geburtsdatum:

14.10.1965

Kreisverband:

Rastatt/Baden-Baden

Anders als alle anderen politischen Herausforderungen folgt der **Klimawandel** Gesetzmäßigkeiten, auf die wir keinen Einfluss haben. Das Weltklima ist kein Verhandlungspartner und lässt sich nicht von Ankündigungen beeindrucken. Nur aktives Handeln kann den Klimawandel noch bremsen, ansonsten wird er gnadenlos über uns hinweg rollen. Er wird Verwerfungen auf der Erde auslösen, die sich noch die Wenigsten vorzustellen wagen, und deshalb ist jede Maßnahme gegen den Klimawandel gleichzeitig auch die beste Maßnahme gegen politische Instabilität und große Fluchtbewegungen. Sollte es wirklich Kippunkte im Klimaverlauf geben, dann können „ein paar Jährchen“ früher oder später sehr wohl über Erfolg oder Scheitern entscheiden. Eine realistische Klimapolitik muss sich deshalb mehr als jede andere Politik am Notwendigen orientieren und muss dies auch in aller Deutlichkeit so benennen.

Unabhängig davon, welche Maßnahmen wir vorschlagen: für deren Finanzierung dürfen wir uns nicht auf die bisherige **Lastenverteilung** beschränken. Es ist offensichtlich, dass weltweit -und gerade auch in Deutschland – die Schere zwischen Armen und Superreichen immer weiter aufgeht. Pragmatische Politik scheint sich damit zufrieden zu geben, dass das Vermögen dieser Milliardär*innen in seinem Wachstum lediglich gebremst wird. Das ist mir zu wenig. Wenn wir es nicht schaffen, diesen Trend umzukehren, dann wird eine ökologische Politik zum Scheitern verurteilt sein, weil sie keine Mehrheiten finden wird.

Im gesellschaftlichen Diskurs über Immigration und Flüchtlinge ist oft vom „Wir“ die Rede. Wer aber ist gemeint mit diesem „wir“? Sind „wir“ die „Deutschen“ und die „anderen“ die „Ausländer*innen“? Sind „wir“ das angeblich so christliche Abendland? Und was ist dann mit Atheist*innen und Juden/Jüdinnen? Ob Islamist*innen, Putinist*innen oder Pegida, in einem Punkt gleichen sie sich alle: sie lehnen eine **offene Gesellschaft** ab – und damit genau die Errungenschaften, die wir Grünen in den vergangenen Jahrzehnten hart erkämpft haben. Dies bedeutet für uns Grüne aber, dass wir anerkennen müssen, dass unsere politischen Gegner*innen in CDU und SPD unsere Verbündeten sind, wenn sie für die offene Gesellschaft eintreten.

Rastatt – dieser Name steht für die **Revolution** von 1848/49 und deren Scheitern. In der Bundesfestung sind Demokraten aus den deutschen Staaten, aber auch aus Österreich-Ungarn, Polen und Frankreich, gestorben – nicht für Deutschland, sondern für eine universelle Idee, für Freiheit und Demokratie. Die Flüchtlinge aus der Bundesfestung haben Asyl gefunden in Frankreich, der Schweiz und den USA. Heute ist Rastatt eine Hochburg der AfD. Wer auch immer in Rastatt Politik macht, muss die Frage beantworten, was revolutionäre Tradition in der heutigen Situation bedeutet. Für mich bedeutet es: die Bürger- und Menschenrechte verteidigen und weiterentwickeln; an der europäischen Einigung festhalten; Flüchtlinge schützen.

27 Jahre nach dem Dioxin-Skandal in der Rastatter Metallhütte Fahlbusch sind Rastatt und Baden-Baden Schauplatz des flächenmäßig womöglich **größten Umweltskandals Deutschlands**. Nach heutigem Kenntnisstand sind über 400 ha Ackerboden mit **PFC** (Per- und Polyfluorierte Chemikalien) verseucht. Ursache dafür ist vermutlich PFC-haltiger Papierschlamm, der auf diesen Flächen ausgebracht wurde. Über das Grundwasser breitet sich die PFC-Fahne weiter aus. Mehrere Trinkwasserbrunnen sind bereits geschlossen worden. Unversehens musste ich mich also zum PFC-Experten weiterbilden. Die komplexe Problematik zieht ihre giftige Spur durch alle politischen Ebenen und zeigt uns wieder mal auf

drastische Weise, wie wenig wir über die Chemikalien wissen, die wir alltäglich freisetzen.

Wer hätte vor wenigen Jahren gedacht, dass sich mit den sperrigen Kürzeln „TTIP“ und „CETA“ die Massen mobilisieren lassen? Diese Entwicklung ist ein großartiger Erfolg und unser ureigenes Verdienst – und es wäre geradezu fahrlässig, dieses politische Kapital zu verspielen. Zwischen einem „Ja – aber“ und einem „Nein – aber“ mag inhaltlich kein all zu großer Unterschied sein. Strategisch ist es aber von überragender Bedeutung, dass wir in diesem Punkt standhaft bleiben. Über den Bundesrat regieren wir quasi heute schon in vielen Bereichen mit. Wenn wir diesen Einfluss nicht in einer Weise nutzen, die unsere Wähler*innen als *unseren* Erfolg auch wahrnehmen, werden wir im Wahlkampf kaum glaubhaft begründen können, warum wir 2017 eine Regierungsbeteiligung wollen.

Ich kandidiere in einem Wahlkreis, der noch nie eine*n Bundestagsabgeordnete*n der Grünen gehabt hat. Ein Mandat würde endlich die Lücke zwischen den Universitätsstädten Karlsruhe und Freiburg füllen und wäre ein enormer Schub für die mittelbadische Region. Ich bitte Euch um Euer Vertrauen und Eure Unterstützung!

Herzliche Grüße,

Manuel Hummel

Biografie

Zu meiner Person:

- Ich bin 51 Jahre alt und alleinerziehender Vater eines 17-jährigen Sohnes.
- 1965 geboren in Göppingen, aufgewachsen in Ebersbach/Fils
- 1972 – 1985 Grundschule und Gymnasium in Ebersbach/Fils
- 1986 – 1987 Zivildienst (Pflegedienst) im Kurhaus Bad Boll
- 1987 – 1995 Studium an der Universität Hohenheim, Abschluss als Diplom-Agrarbiologe
- 1996 – 1997 Wissenschaftlicher Volontär am Museum für Naturkunde Stuttgart
- 1998 – 2001 Fachreferatsleiter Naturkunde an den Mühlhäuser Museen in Thüringen
- 2001 – 2002 Obstbauberater bei der Arbeitsgemeinschaft Integrierter Obstanbau Rheinland-Pfalz (AGIO), Oppenheim
- 2000 – 2003 Pflege der krebserkrankten Ehefrau
- 2003 – 2011 selbstständiger Kontrolleur im ökologischen Landbau
- seit 2011 Berufsschullehrer für Gartenbau am St. Augustinusheim Ettlingen
- außerdem: ehrenamtlicher Richter am Verwaltungsgericht Karlsruhe
- Aufsichtsrat der Klinikum Mittelbaden gGmbH

Politische Vita:

- Anfang der 80er Jahre aktiv im BUND und in der christlichen Friedensbewegung
- 1984 Gründung des OV Ebersbach/Fils, erste Kandidatur für Ortschaftsrat, Gemeinderat und Kreistag
- 1985 erste LDK (Blaubeuren)
- 1990 – 1995 Stadtrat in Ebersbach/Fils
- 1994 – 1995 Kreisrat im Landkreis Göppingen
- 1996 – 1998 Mitglied des Kreisvorstands Stuttgart
- 1998 – 2001 Kreisverband Unstrut-Hainich (Thüringen); Landes- und Bundesdelegierter
- 2001 – 2002 Kreisverband Alzey-Worms (Rheinland-Pfalz)
- seit 2004 Mitglied des Rastatter Kreistags und der Regionalversammlung Mittlerer Oberrhein
- 2006 Landtagskandidat im Wahlkreis Rastatt
- seit 2006 Fraktionsvorsitzender in der Regionalversammlung Mittlerer Oberrhein
- 2011 Landtagskandidat im Wahlkreis Rastatt
- seit 2014 Fraktionsvorsitzender im Rastatter Kreistag